

Kurz kommentiert:

Bericht der Münsterländischen Tageszeitung in der Ausgabe vom 24.06.2020 zum Antrag „LÖ-Zukunft“ der UfL im Ausschuss „Wirtschaft, Bau, Verkehr und Sport“ vom 17.06.2020

MT

MITTWOCH, 24. JUNI 2020 17

„Wo soll die Kohle dafür denn herkommen?“

Ausschuss lehnt kommunale Corona-Hilfen ab

Auf einhellige Ablehnung aller anderen Rats-Fraktionen ist der Vorschlag der UfL gestoßen, 500 000 Euro als kommunale Corona-Hilfe auszugeben.

VON WILLI SIEMER

Lönigen. Mit großer Mehrheit hat der Ausschuss für Wirtschaft, Bau, Verkehr und Sport des Stadtrates auf seiner jüngsten Sitzung kommunale Corona-Hilfen für kleinere Firmen und Kaufleute abgelehnt. Nur die Mitglieder der UfL-Fraktion unterstützen ihren eigenen Vorstoß, in dem sie einen Existenz-Sicherungsfonds für geschädigte Betriebe vorschlugen. CDU, SPD, die Gruppe Grüne/Linke und auch Reinhold Krull (Gruppe FDP/Schelze) lehnten den Vorschlag ab. Der Fonds sollte nach Vorstellung der UfL mit 500 000 Euro ausgestattet werden. Finanziert werden sollte die Summe durch das Zurückstellen geplanter größerer Investitionsvorhaben. Benannt wurden diese nicht. Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau des neuen Feuerwehrhauses für mehr als fünf Millionen Euro begonnen werden. Geplant ist als weiteres großes Projekt der Rathaus-Neubau auf dem Platz der Feuerwehr.

Zum Auftakt hatte UfL-Ratsmitglied Burkhard Sibbel das Vorhaben begründet. Es gehe

darum, den Gastronomen und Geschäften, die unter starken Umsatzeinbußen leiden, eine Perspektive zu geben. „Es geht uns um die Menschen hier direkt vor Ort.“ Dies sei ein gutes Signal an die heimischen Betriebe, unterstützte Elisabeth Kordes den Vorschlag. Als ohnehin hoch verschuldete Kommune könne sich Lönigen das nicht leisten und sei dieser Vorschlag „ein bisschen verantwortungslos“. „Wo soll die Kohle denn herkommen?“ Zudem stehe der Prüfungsaufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen, erklärte Ralf Liebermann (SPD).

Christina Wieborg (CDU) betonte die Unmöglichkeit, hier wirksam helfen zu können, der Spielball liege beim Land und Bund und nicht der Kommune. Die Hilfe sei nicht begründbar, wenn die Stadt angesichts stark sinkender Einnahmen selbst unter den Rettungsschirm des Bundes schlüpfen müsse.

Mögliche Insolvenzen könne man damit nicht verhindern, sagte Bürgermeister Marcus Willen. Er wandte sich gegen die Aussage von UfL-Sprecher Jörg Bremersmann, der von einer drohenden Verödung der Innenstadt durch die Krise gesprochen hatte. Der Ausbau der Infrastruktur wie Kitas, Schulen oder der seit 20 Jahren immer wieder vertagte Rathaus-Neubau seien die bestmöglichen Investitionen.

Keine Kohle? – Ja, um Lönigens Finanzen ist es nicht gut bestellt. Und die Corona-Krise führt sicherlich zu keiner Besserung der städtischen Finanzsituation. Dennoch stehen große Aufgaben wie der Rathaus-Neubau unmittelbar ins Haus, eine „Pflichtaufgabe“, wie Bürgermeister Willen meint. Dazu müssen Summen in Millionenhöhe fast vollständig über Kredite fremdfinanziert werden. Wie vergleichsweise überschaubar ist dann eine Investition von 500.000€, die den Menschen in Lönigen direkt zu Gute kommt, die durch die Pandemie in Not geraten sind? Verantwortungsvoll und anständig sich für seine Bürger einsetzen, das ist das gemeinsame Ziel aller Fraktionen der Löninger Lokalpolitik. Bleibt die Hoffnung, dass die nächste Ratssitzung andere Prioritäten setzt und nicht der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses folgt.